

Schuldrecht: Schuldrecht AT

Allgemeiner Teil

Bearbeitet von
Von Prof. Dr. Dirk Looschelders

16. Auflage 2018. Buch. XXXV, 514 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5765 0
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > BGB Allgemeines Schuldrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schuldrecht

Allgemeiner Teil

von

Dr. Dirk Looschelders

Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

16., neu bearbeitete Auflage 2018

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Looschelders SchuldR AT* § Rn.



www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5765 0

© 2018 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 16. Auflage

Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand von Juli 2018. Sie berücksichtigt insbesondere die umfangreichen Änderungen im Kauf- und Werkvertragsrecht durch das Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung v. 28.4.2017 (BGBl. 2017 I 969), das am 1.1.2018 in Kraft getreten ist, sowie das Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld v. 17.7.2017 (BGBl. 2017 I 2421). Aus der Perspektive des allgemeinen Schuldrechts ist hierbei das neue Widerrufsrecht bei Verbraucherbauverträgen (§ 650l) mit den daran anknüpfenden Vorschriften der §§ 356e, 357d von besonderem Interesse. Auf den durch das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdienste-Richtlinie v. 17.7.2017 (BGBl. 2017 I 2446) neu eingefügten § 270a wird ebenfalls eingegangen. Außerdem wurde die neue Rechtsprechung und Literatur zum allgemeinen Schuldrecht eingearbeitet. Bei der Neubearbeitung wurde schließlich die Zählweise der Randnummern umgestellt. Im Hinblick auf die damit verbundene Erschwernis beim Auffinden von Zitaten bitte ich um Verständnis.

Die Besonderheiten bei Verbraucherverträgen werden seit der 12. Auflage im siebten Teil des Werkes im Zusammenhang dargestellt. Hiermit wird auch der wachsenden Bedeutung des Verbrauchervertragsrechts in Lehre und Praxis Rechnung getragen.

Die Ausweitung der Darlegungen zum Verbrauchervertragsrecht hat nichts daran geändert, dass die allgemeinen Pflichten der Parteien und die Folgen von Pflichtverletzungen und sonstigen Störungen im Schuldverhältnis den Schwerpunkt der Darstellung bilden. Das wichtigste Anliegen des Werkes besteht weiterhin darin, den Studierenden die bei der Schuldrechtsreform von 2002 neu geschaffene Systematik des Leistungsstörungenrechts klar und prägnant zu vermitteln. In Anbetracht der wachsenden Fülle des Stoffes bietet ein systematischer Ansatz die beste Grundlage, um sich in der Klausur oder Hausarbeit auch mit komplizierten Einzelfragen und unbekannten Problemen auseinanderzusetzen.

Den Lesern der Voraufgabe habe ich wieder für zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen zu danken. Zuschriften erreichen mich am besten unter der E-Mail-Adresse LS.Looschelders@hhu.de. Großer Dank gebührt schließlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz wieder die pünktliche Fertigstellung der Neuauflage ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Juli 2018

Dirk Looschelders



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (SchuldRModG) vom 26.11.2001 (BGBl. 2001 I 3138) hat die Struktur des deutschen Schuldrechts grundlegend verändert. Das rasche Inkrafttreten des Gesetzes, dessen endgültige Fassung erst Ende September 2001 feststand, hat nicht nur die Praxis, sondern auch die Lehre vor große Herausforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie sich das neue Recht didaktisch am besten vermitteln lässt.

Das vorliegende Werk beruht auf der Vorlesung zum Allgemeinen Schuldrecht, die ich im Wintersemester 2001/2002 an der Universität Düsseldorf gehalten habe. Da es sich (auch) an Studierende richtet, die nicht mit dem alten Recht vertraut sind, wurde auf eingehende Vergleiche bewusst verzichtet. Die frühere Rechtslage wird vielmehr nur insoweit behandelt, wie dies für das Verständnis des neuen Rechts unbedingt notwendig ist.

Das Buch enthält zahlreiche Beispiele, die überwiegend der Rechtsprechung entnommen worden sind. Dem Leser soll damit verdeutlicht werden, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können. Die einschlägigen Entscheidungen sind zwar auf der Grundlage des alten Rechts ergangen. Die Lösungshinweise entsprechen aber selbstverständlich der aktuellen Rechtslage. Im Anhang finden sich außerdem sechs ausführlichere Fälle mit Lösungen. Hier soll vor allem gezeigt werden, dass der Aufbau von Klausuren zum neuen Leistungsstörungenrecht auf ein einheitliches Grundschema zurückgeführt werden kann.

Aufgrund der wachsenden Internationalisierung des Privatrechtsverkehrs wird der deutsche Jurist sich in Zukunft immer stärker mit ausländischem Recht beschäftigen müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die anderen EU-Staaten. Um dem Leser einen Eindruck von den damit verbundenen Anforderungen zu vermitteln, wurden an verschiedenen Stellen Hinweise zur Rechtsvergleichung aufgenommen. Diese Hinweise sollen zugleich die »Relativität« mancher Problemlösung verdeutlichen, die uns auf der Grundlage des deutschen Rechts nachgerade selbstverständlich erscheint.

Bei der Konzeption und Abfassung des Werkes haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Weise unterstützt. Mein besonderer Dank gilt meinen Assistentinnen und Assistenten Frau Assessorin Gabriele Kirchhoff, Frau Assessorin Ioana Kraft, Frau Referendarin Christina Paffenholz und Herrn Assessor Thomas B. Schäfer. Großer Dank gebührt aber auch den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften Frau Assessorin Meike Mues, Frau Referendarin Elke Benzenberg, Herrn Referendar Tobias Heilmann, Frau stud. iur. Christina Bruns und Frau stud. iur. Astrid Götz. Ganz besonders danken möchte ich schließlich meiner Sekretärin Frau Gabriele Krüger, die das Manuskript in allen Phasen seiner Entstehung umsichtig und zuverlässig betreut hat.

Düsseldorf, im September 2002

Dirk Looschelders



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 16. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	49
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	53
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	59
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	65
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	74
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	79
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	79
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	86
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	96
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	109
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	114
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	121
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	131
§ 17 Erfüllung	131
§ 18 Die Aufrechnung	141
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	147
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	153
1. Abschnitt. Grundlagen	153
§ 20 Einführung	153
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	160
§ 22 Die Pflichtverletzung	174
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	181
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	197
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	197
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	204
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	211
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	220
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	238
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	244
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	246
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	249
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	252
§ 32 Grundentscheidungen	253
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	256

§ 34 Schutzpflichtverletzung	263
§ 35 Unmöglichkeit	264
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	272
§ 36 Gläubigerverzug	272
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	279
§ 38 Vertragsstrafe	288
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	295
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	295
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	301
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	313
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	313
§ 42 Besondere Vertriebsformen	328
8. Teil. Schadensrecht	349
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	349
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	351
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	355
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	371
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	377
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	386
§ 49 Grenzfälle	392
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	402
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	415
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	415
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	426
§ 53 Der Austausch des Schuldners	448
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	456
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	471
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	471
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	476
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	478
D. Rücktritt	480
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	483
Paragrafenregister	487
Sachverzeichnis	495
Entscheidungsregister	507

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 16. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	3
1. Leistungspflichten	3
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	3
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	5
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	6
2. Schutzpflichten	6
a) Gesetzliche Regelung	6
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	8
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	10
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	11
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	11
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	12
1. Grundsatz	12
2. Durchbrechungen	12
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	13
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
I. Das Zweite Buch des BGB	14
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	14
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	15
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	15
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	16
IV. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	17
V. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	17
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	17
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	19
VI. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	19
1. UN-Kaufrecht	19
2. UNIDROIT Principles und Principles of European Contract Law	20
3. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens und Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	20
VII. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMdG	21
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	22
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	23
III. Das Problem der gestörten Verhandlungspartität	24
1. Allgemeines	24

2. Fallgruppen	25
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	25
b) Störung der Verhandlungspartit im Einzelfall	25
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	26
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
I. Funktion und Bedeutung des § 242	27
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	29
1. Anwendungsbereich des § 242	29
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	30
a) Treu und Glauben	30
b) Verkehrssitte	31
III. Abgrenzungen	31
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	31
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	31
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	32
IV. Fallgruppen des § 242	32
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	32
2. Schrankenfunktion	33
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	34
b) Unverhältnismäßigkeit	34
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	35
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	35
e) Widersprüchliches Verhalten	36
f) Verwirkung	36
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	37
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
I. Allgemeines	39
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	40
1. Abgrenzung	40
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	41
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	41
b) Schutzpflichten	41
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	42
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	44
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	44
2. Voraussetzungen	45
3. Rechtsfolgen	46
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	46
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	46
IV. Die Draufgabe	47
1. Funktion	47
2. Abgrenzungen	48
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	49
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	49
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	49
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	49
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	50
a) Grundlagen	50
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	51
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	52
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	52
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	53
I. Allgemeines	53
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	54
1. Schutzzweck	54
2. Anwendungsbereich des § 311b I	54
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	55

4. Divergenzfälle	56
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	56
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	56
5. Heilung des Formmangels	57
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	57
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	58
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	59
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	59
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMoG	59
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	60
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	60
2. Vertragsanbahnung	60
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	61
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	61
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	61
2. Schutz des Vermögens	62
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	62
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	63
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	65
I. Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Schuldverhältnisses	65
1. Problemstellung	65
2. Dogmatische Einordnung	66
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	67
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	67
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	68
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	69
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	69
4. Rechtsfolgen	70
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	71
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	72
2. Fallgruppen	72
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungshelfen	72
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	73
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	73
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	74
I. Allgemeines	74
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	75
1. Besonderes Schuldrecht	75
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	75
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	75
c) Unerlaubte Handlungen	76
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	79
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	79
I. Parteivereinbarung	79
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	79
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	79
a) Generelle Grenzen	79
b) Verträge über das künftige Vermögen	80
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	80
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	81
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	81
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	82
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	82
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	83
c) Bestimmung der Gegenleistung	83
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	83
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	84

a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	84
b) Anfechtung der Bestimmung	84
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	85
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	85
III. Dispositives Recht	85
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	86
I. Art und Weise der Leistung	86
1. Teilleistung	86
a) Die Regelung des § 266	86
b) Rechtsfolgen	87
2. Leistung durch Dritte	87
a) Persönliche Leistungspflicht	87
b) Voraussetzungen des § 267	88
c) Rechtsfolgen	89
3. Ablösungsrecht des Dritten	89
II. Leistungsort	90
1. Begriff und Bedeutung	90
2. Arten der Schuld	90
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	91
4. Sonderregelung für Geldschulden	91
III. Leistungszeit	93
1. Begriffe	93
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	93
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	94
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	96
I. Überblick	96
II. Die Gattungsschuld	96
1. Allgemeines	96
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	97
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	98
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	98
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	98
4. Konkretisierung	99
a) Voraussetzungen	99
b) Rechtsfolgen	100
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	101
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	101
1. Wahlschuld	101
a) Praktische Bedeutung	102
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	102
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	102
d) Unmöglichkeit	103
2. Ersetzungsbefugnis	103
a) Allgemeines	103
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	104
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	104
3. Elektive Konkurrenz	105
IV. Geldschuld	105
1. Allgemeines	105
2. Begleichung von Geldschulden	106
3. Besondere Arten der Geldschuld	107
a) Fremdwährungsschuld	107
b) Geldsortenschuld	107
4. Zinsen	107
a) Begriff	107
b) Entstehungsgründe	108
c) Höhe des Zinssatzes	108
d) Verbot des Zinseszinses	109

§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	109
I. Aufwendungsersatz	110
1. Der Begriff der Aufwendung	110
2. Allgemeine Regeln	111
II. Wegnahmerecht	112
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	113
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	113
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	113
a) Pflicht zur Rechenschaft	113
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	114
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	114
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	114
1. Grundlagen	114
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	115
a) Gegenseitige Ansprüche	115
b) Konnexität der Ansprüche	115
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	115
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	116
3. Sonderfälle	117
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	117
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	117
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	118
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	118
1. Grundgedanken	118
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	119
3. Rechtsfolgen	120
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	120
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	121
I. Einführung	121
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	122
III. Begriffsbestimmung	123
IV. Einbeziehungskontrolle	124
1. Allgemeine Grundsätze	124
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	124
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	125
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	125
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	126
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	126
1. Überblick	126
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	127
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	127
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	128
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	128
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	129
4. Rechtsfolgen	129
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	131
§ 17 Erfüllung	131
I. Begriff	131
II. Person des Leistenden	131
III. Empfänger der Leistung	131
IV. Wirkung der Erfüllung	133
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	133
2. Beweislastumkehr	133
3. Quittung und Schuldschein	133
4. Tilgungsreihenfolge	134
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	134
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	135
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	135

V. Rechtsnatur der Erfüllung	136
1. Streitstand	136
2. Stellungnahme	137
VI. Leistung an Erfüllung statt	138
1. Rechtsnatur	138
2. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	139
3. Gewährleistung	140
§ 18 Die Aufrechnung	141
I. Allgemeines	141
II. Voraussetzungen	142
1. Aufrechnungslage	142
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	142
b) Gleichartigkeit der Forderungen	143
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	143
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	144
2. Aufrechnungserklärung	144
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	144
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	145
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	145
III. Wirkung der Aufrechnung	146
IV. Mehrheit von Forderungen	146
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	147
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	147
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	147
a) Hinterlegungsgründe	147
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	148
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	148
3. Selbsthilfeverkauf	149
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	149
III. Novation und Konfusion	150
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	153
1. Abschnitt. Grundlagen	153
§ 20 Einführung	153
I. Problemstellung	153
1. Verletzung von Leistungspflichten	153
a) Nichtleistung	153
b) Schlechtleistung	154
2. Verletzung von Schutzpflichten	155
II. Das Leistungsstörungenrecht vor der Reform	155
III. Das System des geltenden Leistungsstörungenrechts	156
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	156
2. Die Grenzen des Konzepts	156
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	156
b) Das System der Schadensersatzansprüche	157
c) Das System der Rücktrittsrechte	158
3. Fazit: Das geltende Leistungsstörungenrecht als »Mischsystem«	158
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	160
I. Überblick	160
II. Echte Unmöglichkeit	160
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	160
a) Allgemeines	160
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	161
c) Zweckstörung	162
2. Rechtliche Unmöglichkeit	162
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	162
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	163
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	163
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	163

7. Vorübergehende Unmöglichkeit	164
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	165
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	166
1. Begriff	166
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	167
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	169
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	169
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	170
1. Voraussetzungen	170
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	171
V. Rechtsfolgen	172
§ 22 Die Pflichtverletzung	174
I. Begriff der Pflichtverletzung	174
II. Verzögerung der Leistung	174
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	175
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	176
III. Schlechtleistung	176
1. Allgemeines	176
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	177
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	177
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	177
c) Die Rechte des Käufers	178
d) Besonderheiten bei der Verjährung	179
IV. Schutzpflichtverletzung	179
V. Unmöglichkeit	180
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	180
2. Würdigung	180
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	181
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	181
I. Haftung für eigenes Verschulden	181
1. Vorsatz	182
2. Fahrlässigkeit	183
a) Allgemeines	183
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	183
3. Verantwortungsfähigkeit	184
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	185
1. Vertrag	185
2. Gesetz	186
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	187
III. Haftung ohne Verschulden	188
1. Übernahme einer Garantie	189
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	190
a) Anwendungsbereich	190
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	190
3. Geldschulden	191
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	192
1. Allgemeines	192
a) Struktur des § 278	192
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	192
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	193
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	193
a) Schuldverhältnis	193
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	194
3. Rechtsfolgen	194
4. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	196
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	197
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	197
I. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	199
1. Schuldverhältnis	199

2. Pflichtverletzung	199
3. Vertretenmüssen	200
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	200
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	201
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	202
4. Schaden	202
II. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	202
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	204
I. Anwendungsbereich	204
II. Fallgruppen	205
1. Verletzung von Schutzpflichten	205
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	205
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	206
2. Schlechtleistung	206
a) Allgemeines	206
b) Einzelfälle	207
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	209
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	210
III. Rechtsfolgen	210
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	211
I. Schuldnerverzug	211
II. Allgemeine Voraussetzungen	211
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	212
2. Mahnung	212
3. Vertretenmüssen	213
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	214
1. Leistungszeit nach dem Kalender	214
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	214
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	215
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	215
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	216
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	216
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	217
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	217
2. Weitere Rechtsfolgen	218
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	218
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	219
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	220
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	220
1. Allgemeines	220
2. Schuldverhältnis	221
3. Pflichtverletzung	221
a) Nichtleistung (Verzögerung)	221
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	222
c) Abgrenzungsprobleme	222
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	223
a) Inhalt der Fristsetzung	223
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	224
c) Angemessenheit der Frist	224
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	225
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	225
b) Besondere Gründe	227
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	227
6. Abmahnung statt Fristsetzung	228
7. Vertretenmüssen	228
8. Schaden	229
9. Rechtsfolgen	229
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	229
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	230

c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	231
d) Zuwenigleistung im Kaufrecht	232
e) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	233
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	233
1. Allgemeines	233
2. Grundelemente der Haftung	234
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	234
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	235
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	235
1. Allgemeines	235
2. Grundelemente der Haftung	235
3. Funktion des § 283 S. 1	236
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	236
a) Teilweise Unmöglichkeit	236
b) Irreparable Schlechtleistung	237
c) Rückforderung des Geleisteten	237
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	238
I. Allgemeines	238
II. Voraussetzungen	238
1. Wirksamer Vertrag	238
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	240
3. Vertretenmüssen	241
4. Schaden	242
III. Rechtsfolgen	242
1. Schadensersatz statt der Leistung	242
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	243
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	243
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	244
I. Differenz- und Surrogationstheorie	244
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	245
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	245
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	246
I. Problemstellung	246
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	246
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	246
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	247
1. Allgemeine Voraussetzungen	247
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	248
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	248
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	249
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	249
I. Voraussetzungen	250
1. Schuldverhältnis	250
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	250
3. Erlangung eines Surrogats	251
4. Identität von geschuldetem und ersetzttem Gegenstand	251
II. Rechtsfolgen	251
III. Konkurrenzen	252
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	252
§ 32 Grundentscheidungen	253
I. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	253
II. Verzicht auf das Vertretenmüssen	255
III. Rücktritt und Schadensersatz	255
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	256
I. Anwendungsbereich	256
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	257
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	257
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	259
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	260

VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	261
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	261
2. Annahmeverzug	262
VII. Rechtsfolgen	262
§ 34 Schutzpflichtverletzung	263
I. Voraussetzungen	263
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	263
§ 35 Unmöglichkeit	264
I. Anwendungsbereich	264
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	264
1. Grundsatz	264
2. Teilweise Unmöglichkeit	265
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	265
4. Abgrenzung	265
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	266
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	266
a) Allgemeines	266
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	266
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	267
2. Annahmeverzug	269
3. Rechtsfolgen	269
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	269
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	270
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	270
VI. Rücktritt	271
1. Irreparable Schlechtleistung	271
2. Teilweise Unmöglichkeit	271
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	271
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	272
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	272
§ 36 Gläubigerverzug	272
I. Allgemeines	272
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	273
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	273
2. Ordnungsgemäßes Angebot	273
a) Notwendigkeit des Angebots	273
b) Entbehrlichkeit des Angebots	274
3. Nichtannahme der Leistung	274
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	275
1. Fortbestand der Leistungspflicht	275
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	276
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	276
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	277
5. Sonstige Rechtsfolgen	278
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	279
I. Einführung	279
II. Anwendungsbereich	279
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	280
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	280
III. Voraussetzungen	281
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	281
2. Schwere wogende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	282
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	282
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	282
IV. Rechtsfolgen	284
1. Primär: »Anpassung des Vertrages«	284
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	285
V. Fallgruppen	285
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	285

a) Äquivalenzstörung	285
b) Zweckstörung	286
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	287
§ 38 Vertragsstrafe	288
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	288
II. Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	288
III. Abgrenzungen	289
1. Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	289
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	289
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	290
1. Wirksames Strafversprechen	290
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	291
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	291
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	292
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	292
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	293
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	295
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	295
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	295
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	296
1. Problemstellung	296
2. Wichtiger Grund	297
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	298
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	299
5. Konkurrenzen	300
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	301
I. Allgemeines	301
1. Voraussetzungen des Rücktritts	301
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	301
3. Wirkungen des Rücktritts	302
4. Sonderregeln	302
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	303
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	303
1. Rückgewähr in natura	303
2. Wertersatz	303
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	303
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	304
c) Verschlechterung oder Untergang	304
d) Berechnung des Wertersatzes	304
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	306
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	306
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	306
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	307
III. Nutzungen und Verwendungen	308
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	308
2. Ersatz von Verwendungen	309
a) Notwendige Verwendungen	309
b) Andere Aufwendungen	310
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	310
1. Problemstellung	310
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	311
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	311
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	311
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	311
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	313
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	313
I. Grundgedanken und Systematik	313

II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	314
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	315
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	316
1. Informationspflichten des Unternehmers	316
a) Telefonische Kontaktaufnahme	316
b) Informationspflichten im stationären Handel	317
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	318
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	319
1. Überblick	319
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	320
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	320
b) Widerrufsfrist und Belehrung	321
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	322
d) Widerruf nichtiger Verträge	323
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	323
1. Verbundene Verträge	324
2. Widerrufsdurchgriff	325
a) Allgemeines	325
b) Zusammenhängende Verträge	326
3. Einwendungsdurchgriff	327
§ 42 Besondere Vertriebsformen	328
I. Überblick	328
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	329
1. Begriff der Geschäftsräume	329
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	329
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	329
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	330
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	330
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	330
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	331
4. Entgeltliche Leistung und Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	331
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	333
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	333
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	334
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	335
2. Ausübung des Widerrufsrechts	336
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	337
a) Frist zur Rückgewähr	337
b) Modalitäten der Rückabwicklung	337
c) Kosten der Rücksendung	338
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	339
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	341
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	342
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	343
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	343
VII. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr	344
1. Allgemeine Pflichten	344
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	344
VIII. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	345
8. Teil. Schadensrecht	349
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	349
I. Die Funktion des Schadensersatzes	349
II. Der Grundsatz der Totalreparation	349
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	350
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	351
I. Begriff	351
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	352
III. Positives und negatives Interesse	354

§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	355
I. Grundlagen	355
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	355
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	355
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	356
1. Äquivalenztheorie	356
a) Grundsatz	356
b) Schwächen der <i>condicio sine qua non</i> -Formel	357
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	357
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	358
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	358
1. Adäquanz	358
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	359
b) Kritik	359
2. Schutzzweck der Norm	360
V. Hypothetische Kausalität	362
1. Problemstellung	362
2. Schadensanlage	363
3. Ersatzpflicht eines Dritten	363
4. Die sonstigen Fälle	363
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	364
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	365
1. Schockschäden	365
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	367
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	368
VIII. Vorteilsausgleichung	369
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	371
I. Grundsatz	371
II. Ausnahmen	371
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	371
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	372
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	372
III. Abgrenzungen	372
IV. Drittschadensliquidation	373
1. Allgemeines	373
2. Fallgruppen	374
a) Obligatorische Gefahrentlastung	374
b) Mittelbare Stellvertretung	375
c) Treuhandverhältnisse	376
d) Obhut für fremde Sachen	376
e) Vertragliche Vereinbarung	377
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	377
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	377
1. Allgemeines	377
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	378
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	379
a) Sachschäden	379
b) Körperschäden	380
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	380
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	381
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	381
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	382
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	386
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	386
I. Historische Entwicklung	386
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	387
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	387
2. Rechtsgutsverletzung	387
III. Bemessung des Schmerzensgelds	389

1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	389
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	389
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	390
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	390
1. Grundlagen	390
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	391
§ 49 Grenzfälle	392
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	392
1. Problemstellung	392
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	393
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	394
4. Höhe des Anspruchs	394
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	395
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	395
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	396
V. Urlaub und Freizeit	397
1. Problemstellung	397
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	397
3. Die Regelung des § 651 n II (§ 651 f II aF)	398
4. Nutzlos vertane Freizeit	399
VI. Kindesunterhalt als Schaden	399
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	399
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	401
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	402
I. Allgemeines	402
1. Die Grundentscheidungen des § 254	402
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	403
b) Quotenteilungsprinzip	403
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	403
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	404
4. Anwendungsbereich des § 254	405
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	405
1. Überblick	405
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	406
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	406
b) Obliegenheitsverletzung	406
c) Verschulden	407
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	408
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	409
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	410
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	410
III. Rechtsfolgen	411
IV. Handeln auf eigene Gefahr	412
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	412
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	413
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	413
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	415
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	415
I. Zweck	415
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	415
III. Dogmatische Einordnung	416
1. Kein eigener Vertragstyp	416
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	416
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	417
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	418
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	418
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	419
a) Dogmatische Einordnung	419

b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungen	419
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	420
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	420
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	421
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	422
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	422
1. Anweisung	422
2. Abtretung	423
3. Stellvertretung	423
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	424
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	424
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	424
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	425
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	426
I. Überblick	426
1. Problemstellung	426
2. Arten des Gläubigerwechsels	427
3. Anwendungsbereich der §§ 398 ff.	427
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	427
1. Struktur der Abtretung	427
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	428
3. Abgrenzungen	429
a) Vertragsübernahme	429
b) Einziehungsermächtigung	429
III. Voraussetzungen der Abtretung	430
1. Vertrag	430
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	431
3. Bestimmbarkeit der Forderung	432
4. Übertragbarkeit der Forderung	433
a) Allgemeines	433
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	433
c) Vertragliches Abtretungsverbot	435
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	436
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	436
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	436
3. Pflichten des Altgläubigers	437
V. Der Schutz des Schuldners	437
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	437
a) Der Anwendungsbereich des § 404	437
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	439
2. Einwendungen aus der Abtretung	439
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	440
a) Problemstellung	440
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	441
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	441
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	442
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	442
b) Mehrfache Abtretung	444
c) Abtretungsanzeige	444
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	445
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	446
1. Sicherungszession	446
2. Inkassoession	447
VII. Die Legalzession	447
§ 53 Der Austausch des Schuldners	448
I. Überblick	448
II. Die privative Schuldübernahme	449
1. Voraussetzungen	449
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	449

b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	449
c) Ausschluss der Schuldübernahme	451
2. Rechtsfolgen	451
a) Wechsel des Schuldners	451
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	451
c) Einwendungen des Übernehmers	452
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	453
III. Der Schuldbeitritt	454
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	454
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	454
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	455
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	456
I. Gläubigermehrheiten	456
1. Überblick	456
2. Teilgläubigerschaft	456
a) Voraussetzungen	456
b) Rechtsfolgen	457
3. Gesamtgläubigerschaft	457
a) Voraussetzungen	457
b) Rechtsfolgen	458
4. Mitgläubigerschaft	458
II. Schuldnermehrheiten	459
1. Teilschuld	459
a) Voraussetzungen	459
b) Rechtsfolgen	460
2. Gesamtschuld	460
a) Voraussetzungen	460
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	463
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldnern	464
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	466
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	469
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	471
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	471
I. Allgemeines	471
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	472
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	474
IV. Schadensersatz statt der Leistung	475
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	476
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	476
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	478
D. Rücktritt	480
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	483
Paragrafenregister	487
Sachverzeichnis	495
Entscheidungsregister	507